

JAHRESBERICHT 2021

Unsere Highlights 2021

- Explosion in einer Sonderabfallverbrennungsanlage in Leverkusen
- Flutkatastrophe an Ahr und Erft
- Erarbeitung des neuen „Europäischen Grundwassermemorandums“
- Sondermessprogramm Rhein-Nebenflüsse
- Fact-Sheets zu 1H-Benzotriazol, Melamin, 1,3,5-Trioxan
- Erfolgreicher Abschluss der IAWR-Studie zu einem Bewertungssystem zu Mikroverunreinigungen aus der Landwirtschaft im Rheineinzugsgebiet

Aktuelles

„Das Bild des Flusses (Oder), mit zig Tausenden toten Lebewesen, lässt mich an das viele Gift in den Flüssen meiner Kindheit denken.“

Steffi Lemke, Bundesumweltministerin

Im Juli und August 2022 kam es in der Oder zu einem dramatischen Fischsterben. Dabei verendeten auf einer Flusslänge von 500 km insgesamt circa 400 Tonnen Fisch. Neben Fischen starben auch andere aquatische Organismen wie Muscheln, Schnecken und Krebse. In den Berichterstattungen der Medien hieß es immer wieder, das Fischsterben an der Oder sei durchaus mit der Sandoz-Katastrophe am Rhein Mitte der 1980er Jahre vergleichbar. Am 1. November 1986 ereignete sich in Schweizerhalle bei Basel der Sandoz-Brandunfall, bei dem mit dem Löschwasser etwa 30 Tonnen hochgiftiger Pestizide in den Rhein gelangten und nahezu den gesamten Fischbestand über 400 km Stromlänge auslöschten.

Doch anders als damals am Rhein, war die Ursache an der Oder zunächst nicht klar. Inzwischen gilt eine Algenblüte als die wahrscheinlichste Ursache für die Katastrophe. Ein sprunghaft angestiegener Salzgehalt, ausgelöst durch die Einleitung salzhaltiger Abwässer, hat gemeinsam mit weiteren Faktoren zu einer massiven Vermehrung der Brackwasseralge *Prymnesium parvum* geführt. Die Alge

setzt Algengifte frei, die sogenannten Prymnesinen, die für Fische und andere Wasserorganismen tödlich sein können. Dies geht aus dem Bericht der deutschen Expertengruppe zu den Ursachen des Fischsterbens in der Oder hervor, der am 30. September 2022 veröffentlicht wurde.

Das massive Fischsterben im August 2022 ist eine menschengemachte Katastrophe, auch wenn das Ausmaß der Katastrophe letztlich das Ergebnis der extremen Wetterlage im Sommer 2022 ist, mit hohen Temperaturen und niedrigen Pegelständen. Dadurch wurden Salzfrachten noch stärker konzentriert und sie trafen auf ein durch die extreme Dürre ohnehin gestresstes Flussökosystem.

Wichtig ist die Erkenntnis, dass die zukünftig zu erwartenden klimatischen Bedingungen mit intensiver Sonneneinstrahlung, hohen Temperaturen, Verdunstung und geringen Niederschlägen entsprechende Effekte, wie sie an der Oder beobachtet wurden, auch in anderen Gewässern begünstigen. Gesunde Flussökosysteme haben eine natürliche Widerstandskraft gegen verschiedenste Belastungen. Heiße Sommer und Dürreperioden mit niedrigen Pegelständen schwächen die natürliche Widerstandskraft der Fließgewässer. Die Belastungen durch anthropogene Stoffeinträge müssen stets auf ein für das Ökosystem verträgliches Maß reduziert werden. Dabei sind auch die relevanten klimatischen Bedingungen zu berücksichtigen. Genehmigungen für Einleitungen von Stoffen in Gewässer müssen deshalb hinsichtlich notwendiger Einschränkungen unter Berücksichtigung der zukünftig zu erwartenden klimabedingten Faktoren überprüft werden.

Am Rhein wird der Abfluss in seinem Jahresverlauf maßgeblich durch das Schmelzwasser von Schnee und Gletschern aus den Alpen geprägt. Besonders in den Sommermonaten und bis in den Frühherbst liefert das Schmelzwasser einen bedeutenden Beitrag zum Abfluss. Das gilt vor allem auch für die extremen Niedrigwasserperioden, die am Rhein zunehmend häufiger beobachtet werden. Durch die Extrem-Sommer in den vergangenen Jahren mit überdurchschnittlicher Wärme haben die Gletscher beträchtliche Anteile ihres Volumens eingebüßt. Der Rückzug der Gletscher wird zukünftig entsprechend auch mehr und mehr Einfluss auf die Abflusssituation am Rhein nehmen.

Sinkende Wasserstände haben deutliche Auswirkungen auf die Wasserqualität, denn der Abwasseranteil aus kommunalen, gewerblichen und industriellen Kläranlagen steigt entsprechend an. Eine mit dem Klimawandel auftretende Verknappung der Wasserressourcen wird den Schutzanspruch an die verbleibenden

Wasserressourcen erhöhen. In Anbetracht der absehbaren Entwicklung der Abflusssituation am Rhein gilt es deshalb, den Blick vermehrt auf die in die Gewässer eingetragenen anthropogenen Stofffrachten zu richten und diese sukzessive zu begrenzen.

Insofern ist das im internationalen Abkommen „Programm 2040“ formulierte quantitative Reduktionsziel für Mikroverunreinigungen, das auf Initiative der IAWR im Rahmen der letzten Rheinministerkonferenz im Jahr 2020 beschlossen wurde, ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Erklärtes Ziel ist es, bis zum Jahr 2040 die Einträge von Mikroverunreinigungen aus Kommunalabwasser, Industrie und Landwirtschaft, um mindestens 30 % zu reduzieren. 2026 sollen eine erste Überprüfung und ggf. Verschärfung des Ziels erfolgen. Zur Erreichung des Ziels sind erhebliche Anstrengungen und Maßnahmen erforderlich, die es jetzt zu konkretisieren gilt. Um die Verringerung der Emissionen in regelmäßigen Abständen quantitativ überwachen zu können, wurde die Internationale Kommission zum Schutz des Rheins (IKSR) mit der Entwicklung eines Bewertungssystems beauftragt, an dem aktuell auch unter Beteiligung der IAWR gearbeitet wird. In diesem Kontext steht auch die im Jahr 2021 am TZW Karlsruhe erarbeitete IAWR-Studie „Eckpunkte für ein Konzept zur Bewertung der Zielerreichung einer Eintragsreduzierung von Mikroverunreinigungen aus der Landwirtschaft im Rheineinzugsgebiet“.

Die zunehmende Trockenheit, weniger Niederschlag und vermehrter Wasserbedarf in der Landwirtschaft führen auch im Rheineinzugsgebiet regional zu sinkenden Grundwasserständen. Als Folge setzen dort sowohl die Wasserversorgung als auch die Landwirtschaft zunehmend auf die Nutzung von Rhein-Uferfiltrat. Gerade die Nutzung des Rheins zur Bewässerung in der Landwirtschaft entnimmt dem Fließsystem aber Menge, die nicht unmittelbar zurückgeführt wird.

Im Rheinischen Braunkohlerevier werden in den nächsten Jahrzehnten die Restseen der Tagebaue Hambach und Garzweiler mit Rheinwasser gefüllt. Dazu wird eine eigene Transportleitung gebaut, die das Rheinwasser im Bereich Dormagen entnimmt und jährlich bis zu 130 Mio. Kubikmeter Richtung Tagebaue leitet. Mit Blick auf die entnommene Wassermenge ist ein gestaffeltes Entnahmekonzept vorgesehen, das sich an der Rheinabfluss-Situation orientiert. Dadurch soll gewährleistet werden, dass in Niedrigwasserperioden die Rheinschifffahrt nicht beeinträchtigt wird und dass es infolge der dann reduzierten Wasserführung ab-

stromig vom Entnahmebauwerk im Rhein nicht zu einer übermäßigen Konzentrationserhöhung von Schadstoffen kommt. Der mengenangepasste Ansatz erscheint aus Sicht der Trinkwasserversorgung akzeptabel, wird aber dennoch das Fließsystem des Rheins über Jahrzehnte beeinflussen.

Vor dem Hintergrund der genannten Zusammenhänge ist es wichtig, neben der Gewässergüte zunehmend auch die quantitativen Einflüsse auf das Rhein-Fließsystem mit in die Betrachtungen der ARW einzubeziehen. Die ARW wird sich dieser Herausforderung stellen und das Thema Gewässerschutz auch im Hinblick auf diese Aspekte weiter untersuchen und vorausschauend weiterentwickeln.

Das Jahr 2021 hat gezeigt, dass man auch heute vor Groß-Schadensereignissen bei der chemischen Industrie nicht gefeit ist. Am 27. Juli 2021 ereignete sich im Currenta-Entsorgungszentrum in Leverkusen-Bürrig eine gewaltige Explosion. In einem Tank der Sondermüllverbrennungsanlage hat offenbar die Lagerung einer Abfallflüssigkeit über der sogenannten „Selbstexplosionstemperatur“ zu Selbsterwärmungseffekten geführt. In der Folge kam es zu einem exponentiellen Temperatur- und Druckanstieg in dem Tank, die Sicherungseinrichtungen konnten den Druck nicht mehr abführen. Als der Druck über dem Auslegungsdruck des Behälters lag, explodierte dieser. Durch die Explosion haben sich die Abfallflüssigkeit und das zuvor zur Kühlung in den Tank gepumpte Heizöl mit der Umgebungsluft vermischt und sofort durchgezündet. Im Anschluss an diese beiden Explosionsvorgänge kam es dann zum Brand im Tanklager. Im Rahmen der Brandbekämpfung fielen insgesamt mehr als 5.000 Kubikmeter Löschwasser an. Bei den Löscharbeiten wurde fluorhaltiger Löschschaum eingesetzt. Das Löschwasser konnte anfänglich nicht am Ereignisort zurückgehalten werden, vielmehr wurde es mit dem regulären Chemparkabwasser vermischt und dann in mehreren Stapeltanks zurückgehalten und separiert. Die Mischung führte dazu, dass das Gesamtvolumen des zu entsorgenden „Ereigniswassers“ erheblich größer war als das eingesetzte Löschwasser. Wegen der schwindenden Rückhaltekapazitäten wurden zur Gefahrenabwehr nach einer Entscheidung des Krisenstabs in der Zeit vom 28.07.2021 bis 30.07.2021 Teile dieses Ereigniswassers aus einem Stapeltank bei gleichzeitiger Zudosierung von Aktivkohle über die Kläranlage in den Rhein eingeleitet. Später stellte sich heraus, dass die eingeleiteten Ereigniswässer eine signifikante Belastung mit dem Insektizid Clothianidin von bis zu 120 µg/L aufwiesen. Die Information der Rheinanlieger war aus Sicht der Wasserver-

sorger völlig unzureichend. Die ARW hat ihren Unmut darüber bei der Currenta, beim Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz (MULNV NRW) und bei der Internationalen Kommission zum Schutz des Rheins (IKSR) deutlich gemacht.

Zwischen dem 12. und 19. Juli 2021 ereignete sich in mehreren Regionen Deutschlands eine Flutkatastrophe. Besonders stark getroffen wurde der Landkreis Ahrweiler in Rheinland-Pfalz, wo in der Nacht vom 14. auf den 15. Juli an die 200 Liter Regen pro Quadratmeter niedergingen. Das anschließende Hochwasser der Ahr hinterließ eine Spur der Zerstörung. Durch die Flutwelle wurden zahlreiche Öltanks und Abwasserleitungen mitgerissen und mehrere Kläranlagen massiv beschädigt. Durch Freisetzung von Öl und weiteren chemischen Stoffen sowie über den Eintrag von ungereinigtem Abwasser wurde die Wasserqualität der Ahr beeinträchtigt. Ein Anfang August 2021 aufgelegtes Sondermessprogramm des Landes Rheinland-Pfalz konnte zeigen, dass die hohen Wassermengen und Fließgeschwindigkeiten die chemischen Abschwemmungen offenbar schnell verdünnt und weggespült haben, sodass keine gravierenden langfristigen chemischen Verunreinigungen des Flusses zu erwarten sind. Infolge der nur eingeschränkt funktionsfähigen Kläranlagen und dem zerstörten Kanalnetz zeigte die Ahr vorübergehend auch eine deutlich gestiegene Belastung aus häuslichem Abwasser. Die Hochwasserkatastrophe gilt als die größte Naturkatastrophe der jüngeren deutschen Geschichte: 180 Menschen starben in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Die Flut verursachte Sachschäden in Milliardenhöhe.

Die Mitgliedsunternehmen in der ARW sind davon überzeugt, dass eine zukunftsfähige, klimafreundliche, sichere und für alle erschwingliche Wasserversorgung nur über einen generationsübergreifenden Erhalt der Nutzbarkeit der Trinkwasserressourcen gelingen kann. Kernelement unserer Forderungen bleibt deshalb der flächendeckende, vorbeugende Gewässerschutz. Er muss derart ausgestaltet sein, dass heute verhindert wird, was morgen nicht sein darf. Vorsorge ist besser als Nachsorge. Um den Forderungen mehr Wirkung zu verleihen, arbeiten ARW und IAWR eng mit den anderen Arbeitsgemeinschaften im Rheineinzugsgebiet (AWBR, RIWA und AWWR) sowie an Donau (IAWD), Elbe (AWE), Maas und Schelde zusammen. Gemeinsam wurde im Berichtsjahr 2021 in Vorbereitung zum Weltwassertag am 22. März 2022 das Europäische Grundwassermemorandum zur qualitativen und quantitativen Sicherung der Trinkwassergewinnung für

zukünftige Generationen aus dem Jahr 2004 überarbeitet. Der Weltwassertag 2022 steht unter dem Motto „Unser Grundwasser – der unsichtbare Schatz“. Zwei Jahre nach Veröffentlichung des Europäischen Fließgewässermemorandums (European River Memorandum, ERM) ergänzt die ERM-Koalition seine Leitlinien damit um den Schutz des Grundwassers in der Fläche. Hierzu werden fünf zentrale Forderungen aufgestellt. Die Forderungen gehen konform mit der vom Vorsorge- und Nachhaltigkeitsgedanken getragenen Strategie des Green Deals und der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Das neue Grundwassermemorandum wird in vier Sprachen (Deutsch, Englisch, Französisch, Niederländisch) veröffentlicht und dient als Forderungskatalog gegenüber Politik und Behörden. Für einen wirksamen Gewässerschutz ist seitens Politik und Verwaltung die Umsetzung konsequenter Maßnahmen erforderlich.

ARW-intern

Die ARW-Mitgliederversammlung fand am 9. November 2021 durch Corona bedingt als Webkonferenz statt. In ihrem Lagebericht ging die Präsidentin der ARW, Frau Jreisat, auf die strategischen und organisatorischen Arbeiten der ARW im Verlaufe des Jahres 2021 ein. Lange wurde dem Element Wasser in der öffentlichen Diskussion nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Das hat sich in den letzten Jahren maßgeblich geändert. Mittlerweile sind Wasserprobleme aller Art zu einem schlagzeilenträchtigen Medienthema geworden. Sei es durch die verheerenden Folgen von Starkregenereignissen oder die extremen Sommer mit drohendem Trinkwassermangel. Die Folgen des Klimawandels sind auch hierzulande deutlich geworden. Das Thema Wasser bewegt die Menschen wieder, nicht zuletzt auch, weil es uns alle betrifft. Das Thema Nachhaltigkeit war der ARW von Anbeginn ein zentrales Anliegen. Bei den steigenden Anforderungen an die Versorgungssicherheit hängen Mengen- und Qualitätsaspekte eng miteinander zusammen. Die Sicherstellung der Trinkwasserqualität verlangt eine hohe Qualität der genutzten Ressourcen. Die Mengenfrage ist an die lokale und überregionale Ressourcenverfügbarkeit gekoppelt. Am Rhein hat man schon sehr früh gelernt, sich gut aufzustellen. Die indirekte Nutzung des Flusswassers über Uferfiltration oder künstliche Grundwasseranreicherung macht die Wasserversorgung gegenüber regionalen Versorgungsengpässen quantitativ robuster. Die Untergrundpassage wirkt dabei als wichtiger Sicherheitspuffer für die Qualität dieser

Form der klimaresilienten Ressourcennutzung. Da die zukünftige Entwicklung des Wasserbedarfs und der regional zur Verfügung stehenden Mengen ungewiss ist, muss der Schutzstatus des Rheins unter allen Umständen zentrales Anliegen bleiben. Es ist weiterhin notwendig, sich entschieden, beharrlich und konstruktiv für einen verbesserten Schutz unserer Wasserressourcen einzusetzen. Die ARW kann mit berechtigtem Stolz auf ihre Leistungen in den letzten Jahrzehnten zurückblicken. Die Qualität des Rheins wurde über die Jahre erheblich verbessert. Trotz dieser erfreulichen Erfolge bleibt aber die ernüchternde Erkenntnis, dass bei vielen Güte-Parametern bislang noch keine ausreichende Verbesserung eingetreten ist. Auch die verheerende Explosion in der Sondermüllverbrennungsanlage in Leverkusen am 27. Juli 2021 macht deutlich, welche Gefahren am Rhein grundsätzlich bestehen. Die Wächterfunktion der ARW am Rhein hat ihre Berechtigung und ist zwingend notwendig.

Die ARW ist anerkanntes Sprachrohr für den fachlichen Dialog mit Stakeholdern aus Industrie und Politik. Das konnte in den letzten Jahren immer wieder festgestellt werden. Hinzu kommt, dass die ARW auch eine wichtige Informations- und Austauschplattform innerhalb des Mitgliederkreises bietet - auch bei Themen, die gar nicht zwingend mit dem Satzungsziel der ARW zusammenhängen. Die ARW ist auf eine breite Solidargemeinschaft angewiesen, damit die Missstände und immer noch bestehenden Probleme im Gewässerschutz unternehmensunabhängig auf breiter Basis mit Nachdruck adressiert werden können. Im vergangenen Jahr wurde das Europäische Fließgewässermemorandum (ERM 2020) neu veröffentlicht und die gemeinsamen wichtigen Zielsetzungen noch einmal deutlich formuliert - mit Erfolg: bei der Rhein-Ministerkonferenz 2020 in Amsterdam wurde erstmalig ein quantitatives Reduktionsziel beschlossen: Bis zum Jahr 2040 sollen Mikroverunreinigungen gemäß dem neuen Programm „Rhein 2040“ insgesamt um mindestens 30 % reduziert werden. Ein schöner Erfolg! Jetzt gilt es hier, weiter aufmerksam zu bleiben. Die zur Erreichung des Ziels erforderlichen Maßnahmen sind keinesfalls ein Selbstläufer.

Ende 2020 veröffentlichte die ARW eine Studie zur Auswertung und Beurteilung der Belastungssituation des Rheins mit Per- und Polyfluoralkylsubstanzen (PFAS). Die neue EU-TrinkwRL sieht einen neuen PFAS-Grenzwert von 100 ng/L für die Summe von 20 definierten PFAS im Trinkwasser vor. Ggf. wird in der nationalen Umsetzung ein weiterer Grenzwert für 4PFAS (Summe aus PFOS,

PFOA, PFHxS und PFNA) eingeführt, der numerisch sogar darunter liegt. Die PFAS-Studie der ARW wurde durch die Geschäftsführung bei einer Reihe von Gelegenheiten an die Entscheidungsträger bei Bund und Ländern adressiert, um die Höhe der Hintergrundbelastung in den Fließgewässern aufzuzeigen.

In einer weiteren ARW-Studie wurde das Verhalten einiger ausgewählter Spurenstoffe bei der Uferfiltration in Zusammenarbeit mit verschiedenen ARW-Mitgliedsunternehmen untersucht. Ausgewählt wurden Verbindungen, die im Rhein Befunde oberhalb von 0,1 µg/L zeigen und somit die ERM-Zielwerte überschreiten. In der Summe wurden 12 Uferfiltrat-Standorte über einen Zeitraum von 6 Monaten hinweg untersucht. Ein ARW-Sondermessprogramm widmete sich den beiden Rhein-Nebenflüssen Wupper und Sieg. Hier zeigte sich, dass die bedeutsamsten Spurenstoffe in diesen Gewässern (u.a. Amidosulfonat, Oxipurinol, EDTA, Melamin) mit denen im Rhein vergleichbar sind. Als besondere Ereignisse mit möglichen Implikationen auf die Gewässergüte des Rheins sind im Jahresverlauf 2021 die Explosion in der Sondermüllverbrennungsanlage der Currenta in Leverkusen sowie die Flutkatastrophe an Ahr und Erft zu nennen.

Der Blick auf die wesentlichen Ergebnisse und Erkenntnisse aus dem Messprogramm 2020/2021 zeigt, dass der Rhein im Jahr 2020 im Vergleich zum langjährigen Mittel wieder insgesamt geringere Abflüsse zeigte. langjährige Auswertungen deuten auf einen anhaltenden Trend zu höheren Wassertemperaturen. Eine Auswirkung der Stilllegung des AKW Fessenheim auf die Temperatur war nicht feststellbar. Die ERM-Zielwerte für allgemeine und anorganische Parameter werden weitgehend eingehalten. Das gilt auch für Pflanzenschutzmittel und ihre Metaboliten. Hier zeigen lediglich die Maximalwerte ausgewählter Metaboliten Überschreitungen (u.a. AMPA, Metazachlor S und Desphenylchloridazon). Bei verschiedenen organischen Spurenstoffen werden die ERM-Zielwerte aber nach wie vor überschritten, insbesondere bei Oxipurinol, iodierten Röntgenkontrastmitteln, Benzotriazolen, DTPA, 1,4-Dioxan und Melamin.

ARW-Präsidium

Die Präsidiumssitzung fand am 9. November 2021 als Webkonferenz statt. In der Sitzung wurde insbesondere die Besetzung des ARW-Präsidiums, der Haushaltsplan, das Ergebnis der Rechnungsprüfung und die zukünftigen fachlichen

Schwerpunkte diskutiert. Für die Präsidiumsmitglieder Herrn Manfred Abrahams (Stadtwerke Düsseldorf AG) und Herrn Dirk Waider (Gelsenwasser AG) stand satzungsgemäß die Wiederwahl zum Präsidiumsmitglied an, welche in der Mitgliederversammlung jeweils einstimmig erfolgte. Zur Abstimmung stand weiterhin die Neuwahl von Frau Susanne Fabry (RheinEnergie AG) als Nachfolgerin ihres Vorgängers Herrn Dr. Cerbe (vormals RheinEnergie AG) an, die ebenfalls in der Mitgliederversammlung einstimmig erfolgte. Präsidentin der ARW ist weiterhin Frau Elisabeth Jreisat (Hessenwasser GmbH & Co. KG), 1. Stellvertretender Präsident ist Herr Manfred Abrahams und 2. Stellvertretender Präsident Herr Ronald Roepke (Wasserversorgung Rheinhessen-Pfalz GmbH). Die entsprechende Beschlussfassung erfolgte in der ebenfalls am 9. November stattfindenden konstituierenden Sitzung des Präsidiums.

ARW-Beirat

Der wissenschaftliche Beirat der ARW traf sich zu zwei Sitzungen am 22. April 2021 und 3. November 2021. Wegen der noch immer pandemischen Lage fanden beide Veranstaltungen wiederum bei hoher Beteiligung online statt. Neben den üblicherweise fixen informativen Themen auf der Tagesordnung wurden aktuelle Fachfragen erörtert. Dabei handelte es sich um derzeit interessante Stoffe, die auf ihre Trinkwasserrelevanz hin untersucht werden sollen sowie um Verbindungen mit auffälligen Konzentrationen im Niederrhein. Zudem wurde die Relevanz von SARS für die Trinkwasserversorgung sowie der Nachweis im Abwasser behandelt. Durch letzteren kann die Entwicklung der Infektionswelle bis zu zwei Wochen im Voraus abgeschätzt werden. Durch den Warn- und Alarmdienst Rhein, in den die ARW über ihren Brückenkopf Düsseldorf eingebunden ist, erfolgten keine Meldungen von größerer Relevanz für die Wasserwerke am Niederrhein. Die Expertengruppe SAPA in der IKS, die sich um diesen Dienst kümmert, konnte die Neuprogrammierung des Fleißzeitenmodells weiter voranbringen. Eine rasche Neuprogrammierung erscheint unumgänglich und wird allgemein befürwortet. Im Weiteren wurden die Untersuchungen aus dem ARW-Projekt zur Uferfiltration vorgestellt, die überblicksweise bereits im Jahresbericht 2020 dargestellt wurden. Zukünftig will die ARW vermehrt auf die Beschaffenheit im Mündungsbereich einiger als relevant angesehener Nebengewässer des Rheins achten. Als weiterer Schwerpunkt ist angedacht, verschiedene Stoffe, die im Rhein auffällig hinsicht-

lich ihres Konzentrationsniveaus sind, systematisch auf ihre Trinkwasserrelevanz hin zu untersuchen. Hierbei sollen biologische Tests (Wasserwerksrelevanz) und Kleinfilter-Aktivkohletests (Trinkwasserrelevanz) zum Einsatz kommen. Die Finanzierung soll über das Forschungsbudget der ARW erfolgen. Routinemäßig wurden die Inhalte des nächsten Jahresberichtes sowie der Umfang des Untersuchungsprogramms für das Folgejahr besprochen.

IAWR

Für die IAWR war 2021 erneut ein sehr ereignisreiches und erfolgreiches Jahr. Die Aktivitäten konzentrierten sich aufgrund der weitreichenden Entscheidung über die Gemeinsame EU-Agrarpolitik (GAP) auf den Themenbereich von Grundwasser und Landwirtschaft. Ein breit angelegter Appell der IAWR an die 27 EU-Agrarminister/-innen, EU-Kommission, EU-Parlament und Bundesregierung betonte die Notwendigkeit zum Umsteuern hin zu einer gewässerschonenden Landwirtschaft und Ökolandbau in Wasserschutzgebieten. Das GAP-Verhandlungsergebnis brachte jedoch kaum Verbesserungen und entpuppte sich bei genauer Analyse sogar als Rückschritt mit beträchtlichen Mittelkürzungen für Ökolandbau. Dies wurde in einem mit anderen Verbänden abgestimmten Brief an die Bundeslandwirtschaftsministerin offen thematisiert. Der Brief wurde zudem an die Koalitionsverhandlungen in Deutschland weitergeleitet. Im Nachhinein wurden von der neuen Bundesregierung Korrekturen vorgenommen: der Ökolandbau wurde in den Fokus gerückt und 2,8 Mrd. Euro zusätzlich für nachhaltige Landwirtschaft, wie Maßnahmen zum Schutz der Ressource Wasser sowie für den ökologischen Landbau, zur Verfügung gestellt. Die IAWR unterstützte zudem die Europäische Bürgerinitiative (EBI) „Bienen und Bauern retten!“, die mit knapp 1,2 Millionen Unterschriften erfolgreich war. Ziel der EBI ist ein schrittweiser Ausstieg aus dem Einsatz von Pestiziden bis 2035. Die EU-Kommission ist nun zur Umsetzung aufgefordert und erhält mit der EBI wichtige Unterstützung für ihr Ziel aus dem European Green Deal einer 50%igen Pestizidreduktion bis 2030. Vom Europäischen Parlament wurde das 50%ige Reduktionsziele für Pestizide und Düngemittel mit knapper Mehrheit bestätigt.

Die ERM-Koalition als Zusammenschluss der Unterzeichner des Europäischen Fließgewässermemorandums (ERM), bestehend aus IAWR, AWBR, ARW,

RIWA-Rijn sowie den Trinkwasser-Verbänden in den Einzugsgebieten von Elbe (AWE), Donau (IAWD), Ruhr (AWWR), Maas (RIWA-Maas) und Schelde (RIWA-Schelde) wurde im Jahr 2021 erstmalig mit Mitteln der AWE (Elbeinzugsgebiet) durch personelle Ressourcen aus dem AWE-Sekretariat unterstützt. Damit wurde insbesondere der Twitter-Account @ERM_Coalition initiiert, um dem Interesse von 188 Millionen Menschen in den Einzugsgebieten der ERM-Koalition nach sauberem Trinkwasser Ausdruck zu geben.

Im Rheineinzugsgebiet bringt die IAWR bei der IKSR (Internationale Kommission zum Schutz des Rheins) in Koblenz ihre Fachexpertise ein, so zum Beispiel bei der Entwicklung eines Bewertungssystems für das vereinbarte Reduktionsziel von mindestens 30 % an Mikroverunreinigungen aus Kommunalabwässern, Industrie und Landwirtschaft. Zudem wurde eine höhere Geschwindigkeit bei der Umsetzung der IKSR-Empfehlungen zur Reduktion von Mikroverunreinigungen gefordert (Vorbehandlung von industriellen Abwasser-Teilströmen, Ökolandbau).

Die aufgrund der Corona-Pandemie verschobene Jubiläumsfeier zum 50-jährigen Bestehen der IAWR konnte auch 2021 nicht durchgeführt werden. Die IAWR war am 23. Januar 1970 in Düsseldorf gegründet worden. Somit musste die Festveranstaltung ein weiteres Mal verschoben werden. Der Festakt wird am 14. Juli 2022 unter dem Titel „IAWR – 50 +2 Years For Future. Vorsorge, Prävention, Zusammenhalt, Nachhaltigkeit gestern, heute und morgen“ in der Rhein-Mosel-Halle Koblenz und der Festung Ehrenbreitstein nachgeholt.

